HABARI

Juni 2018

Neue Wege in der Entwicklungszusammenarbeit

Tanzania-Network.de e.V.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Entwicklungshilfe war gestern – so heißt die provokative These, die das in Frage stellt, was jahrzehntelang von westlichen Ländern angeblich zur Entwicklung von sogenannten Entwicklungsländern geleistet wurde. Oft nur mit kleinem Budget als Feigenblatt und nicht besonders erfolgreich, wie wir alle wissen.

Das Tanzania-Network hat im März einen gut besuchten Studientag zu dem Thema veranstaltet. Einen Teil der Referate veröffentlichen wir im aktuellen Heft: So legt Dr. Harrison Kalunga Mwilima dar, dass sein Land nicht nur Empfänger von Hilfe war und ist, sondern auch eine Geschichte als Geber hat. Die Rolle der Frauen beleuchtet Aneth Lwakatare-Thumm, und Sebastian Müller lenkt den Blick auf die islamische Entwicklungsarbeit in Tansania.

Wir werden bis 2025 ein Schwellenland sein – so lautet das Credo von Präsident Magufuli. Er will sich stark machen für mehr Unabhängigkeit von ausländischen Gebern und schwankenden Rohstoffpreisen, vor allem aber die dringend benötigten Jobs schaffen. Ein großes Vorhaben, für das in Tansania etliche Rahmenpläne formuliert wurden und das politische Veränderungen – weit weg von unserem Demokratieverständnis – nach sich zieht. Lesen Sie eine Zusammenfassung, auch der bisher erfolgten Schritte.

Ein Umdenken und Umlenken findet aber nicht nur in Tansania statt. Auch im übrigen Subsahara-Afrika werden Stimmen lauter, die neue Wege fordern. Re-Thinking Africa heißt die Devise des Panafrikanisten Kambure Kamputo, der zugleich die afrikanische Rolle in dem Prozess betrachtet. Und in den sogenannten Geberländern und Entwicklungshilfeorganisationen wird die bisherige Politik auf den Prüfstand gestellt – nicht zuletzt unter dem Vorzeichen der Fluchtursachenbekämpfung. Einen kritischen Blick auf diese Veränderungen werfen Nico Beckert und Daniela Tschuschke. Ebenso erfahren Sie, wie sich die Evangelische Kirche in Deutschland positioniert. Über ein Forschungsvorhaben der Humboldt-Universität zu Berlin, das den Focus auf die AICs (African Initiated Churches) als neuen Entwicklungspartner setzt, berichtet Gina Krebs. Die Diskussion

und der Umbau sind in vollem Gang. Beyond Aid, was kommt dann?

Wir freuen uns, Ihnen mit vielfältigen Informationen und Meinungen Denkanstöße zur eigenen, intensivierten Beschäftigung mit dem Thema zu präsentieren. Für weitere Diskussionen steht Ihnen das HABARI als Plattform gerne zur Verfügung. Schreiben Sie uns und teilen Ihre Einschätzung mit anderen Lesern!

Eine aufschlussreiche Lektüre für den Sommer wünscht Ihnen

für die HABARI-Redaktion
Elisabeth Steinle-Paul

Aktuelles

Aneth Lwakatare-Thumm und Dr. Harrison Kalunga Mwilima Mit dem deutschen Außenminister unterwegs in Afrika 4

Tanzania-Network und Uranium Network Informationsblatt Öffentlich-private Partnerschaft und das Nachu Graphite Project 5

Thema: Neue Wege in der Entwicklungszusammenarbeit

Kambarure Kaputu Afrika: Von Hilfe emanzipieren 9

Daniela Tschuschke Das deutsche Afrikajahr 2017 – ein Resümee 12

Nico Beckert Fluchtursachen – Für einen Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik 16

Tilman Sager Der freie Markt als „Entwicklungshilfe“? 22

Übersicht Tansanias Entwicklungsziele 24

Elisabeth Steinle-Paul Wohin steuert Tansania? 26

Dr. Harrison Kalunga Mwilima Tanzania as an Actor in East, Central and Southern Africa 31

Aneth Lwakatare-Thumm Frauen als Entwicklungsakteurinnen 34

Sebastian Müller Islamische Entwicklungsinitiativen 37

EKD „…damit sie das Leben und volle Genüge haben sollen“ 41

Gina Krebs AICs: Potentielle Partner für Entwicklungszusammenarbeit? 45

Termine 50

Impressum 51

Mit dem deutschen Außenminister unterwegs in Afrika

Ein Kurzbericht von Aneth Lwakatare-Thumm und Dr. Harrison Kalunga Mwilima, Vorstandsmitglieder bei Tanzania-Network .de e.V.

Aneth Lwakatare-Thumm
ist Juristin und in Tansania aufgewachsen. Sie war u.a. vier Jahre als Referentin für Menschenrechtsfragen bei Mission EineWelt tätig. Momentan promoviert sie an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Dr. Harrison Kalunga Mwilima
kommt aus Tansania und lebt in Berlin. Er ist Lehrbeauftragter an der Hochschule für Wirtschaft und Recht und Berater für Nachhaltigkeit bei „Sustainability Agents SUSA GmbH".

Anfang Mai 2018, nach nur sechs Wochen im Amt, reiste der deutsche Außenminister Heiko Maas nach Afrika. Als Mitglieder seiner Delegation durften wir ihn begleiten. Nach Äthiopien stand Tansania als zweite Station auf dem Programm. Dort führte der Minister Gespräche mit Vertretern der Regierung und traf sich auch mit Oppositionspolitikern. In Daressalam besuchte er die Chang'ombe Secondary School, an der Deutsch unterrichtet wird.

In Arusha hatten wir Gelegenheit, an verschiedenen Panels und Diskussionen teilzunehmen, zum Beispiel bei der Ostafrikanischen Gemeinschaft, beim Afrikanischen Gerichtshof für Menschen- und Völkerrechte und dem Internationalen Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe, einem Nebenorgan des UN-Sicherheitsrats. Die seit 2012 tätige Institution mit Sitz in Den Haag und Arusha soll unter anderem die Verfahren des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda zum Abschluss bringen.

Dass in Deutschland lebende Ausländer in eine Delegation des Außenministers aufgenommen und zu einer Reise in ihre Heimatländer eingeladen werden, zeigt, dass das Auswärtige Amt sie und ihr Engagement in Deutschland wahrnimmt. Für die Heimatländer wiederum – in unserem Fall Tansania – eine Geste der Wertschätzung.

Öffentlich-private Partnerschaft und das Nachu Graphite Project

Ein Informationsblatt von

Tanzania-Network.de e.V.

uranium-network.org

Das australische Unternehmen Magnis Resources and Technologies (MR) will in Kürze mit dem Abbau von Graphit in Südtansania beginnen. In Kooperation mit der WiN Emscher-Lippe GmbH (WiN) ist MR an den Planungen für Bau, Betrieb und Belieferung einer Batteriefertigungsfabrik in Nordrhein-Westfalen (NRW) beteiligt. Dort soll das Mineral aus Tansania zu Lithium-Ionen-Batterien weiterverarbeitet werden, um der erwarteten steigenden Nachfrage im Bereich der E-Mobilität gerecht zu werden.

1. Das Nachu Graphite Project

Bislang ist das Nachu Graphite Project ein Vorhaben. Im September 2015 vergab die tansanische Regierung eine sogenannte Special Mining Licence, die im März 2018 bestätigt wurde. Teil der Vereinbarung ist die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone (SEZ), die MR zehnjährige Steuererleichterungen garantiert sowie die Möglichkeit, die SEZ zum zentralen Weiterverarbeitungsstandort für Produzenten zu machen. Das Graphit soll vor Ort aufbereitet werden, um die Wertschöpfung vor dem Export zu erhöhen.

Die Mine selbst wird 30 km² groß sein; die Erkundungen laufen auf einem knapp 200 km² großen Areal. Nach bisherigem Stand wurden bereits 58 Menschen umgesiedelt und darüber hinaus Entschädigungen an über 720 Personen gezahlt. Das Unternehmen schmückt sich damit, die Standards der Internationalen Finanzkorporation (IFC) zu

übertreffen. Es gibt jedoch keine Berichte über die Perspektive der Betroffenen. Ebenso wenig ist bekannt, woher das für den Graphitabbau nötige Wasser kommen soll und welche Auswirkungen der erhöhte Verbrauch auf die umliegende Versorgung hat.

2. Der Rohstoff Graphit und sein Abbau

Graphit ist wichtiger Rohstoff für Lithium-Ionen-Batterien, also elementar für den politisch gewünschten Anstieg von Elektro-Verkehrsmitteln. Neben E-Autos sind die Batterien auch essentiell für Smartphones und Laptops (PowerShift 2017: 27). Deshalb geraten neben China nun weitere Abbauländer in den Blick, darunter Tansania.

Als besonders gefährlich gilt der extrem feine Staub, der beim Abbau und der Aufbereitung von Graphit entsteht, sich durch Wind und Regen verbreitet, das Grundwasser vergiftet und Baumsterben, Ernteausfälle und Atemkrankheiten verursacht. Noch ist unklar, inwieweit diese Probleme im Nachu Graphite Project in Tansania auftreten werden. Klar ist jedoch , dass präventive Maßnahmen unabdingbar sind und MR gegenüber den Graphit-Abnehmer deutlich machen muss, wie es Umwelt- und Menschenrechtsstandards gewährleisten will.

3. Das Unternehmen Magnis Resources

Das Magnis-Tochterunternehmen Uranex Tanzania Limited (UTZ) ist gegenwärtig für Exploration und künftig für den Bergbau im Nachu-Projekt zuständig. UTZ erkundete vor allem Uran in Tansania und in Australien. Durch den Preisverfall seit der Katastrophe von Fukushima schwenkte das Unternehmen von Uran auf Graphit um. UTZ zog immer wieder negative Berichterstattung auf sich; lokale und nationale, aber auch deutsche und internationale Umwelt- und Menschenrechtsgruppen rügten die Beteiligung an Uranerkundungen in Zentral- und Südtansania (dazu: Deutsche Welle 2013 und iz3w 2017). Die Kritiker sahen sich zusätzlich von einem Klima der Einschüchterung und Diffamierung bedroht, was angesichts der sich gegenwärtig dramatisch verschlechternden Situation für zivilgesellschaftliche Akteure in Tansania besonders relevant ist (dazu: The Citizen 2018 und Afrika Süd 2017). Aufgrund des Preisverfalls seit der Katastrophe von Fukushima schwenkte die Firma von Uran auf Graphit um

4. Offene Fragen

Vor diesem Hintergrund ist zu klären, welche Maßnahmen von MR ergriffen wurden oder werden, um die Einhaltung von Umwelt- und Menschenrechtsstandards in der künftigen Graphitmine zu gewährleisten. Da die öffentliche Hand durch zwölf Städte in NRW mit 51% Anteilseignerin der WiN Emscher-Lippe GmbH ist, sind zudem Fragen in Zusammenhang mit der Wahrung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten zu beantworten:

- Wie stellt die WiN sicher, dass die menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten entlang der Lieferkette gewahrt werden? Welche Prüfungen werden unternommen? Welche Berichtspflicht hat der Betreiber des Graphitprojekts?

- Wie gewährleistet die WiN, dass sich die Probleme von Uranex (insbesondere die Einschüchterung von Anwohner*innen und Kritiker*innen sowie Intransparenz und Achtlosigkeit in Umweltzusammenhängen) bei MR nicht wiederholen?

- Was ist der WiN und ihren öffentlichen Anteilseigner*innen über die Gründe der Unternehmenseinteilung zwischen Uranex Tanzania Limited (UTZ) und Magnis Technologies Tanzania (MTT) bekannt? Wer trägt beispielsweise die Verantwortung für die Sanierung und Rehabilitation des Minengeländes und der Umgebung nach dem Ende des Graphitbergbaus? Was passiert im Fall einer Pleite oder Auflösung von UTZ?

- Was ist der WiN über Konstruktion und Rolle der Sonderwirtschaftszone bekannt? Welche Steuervorteile wurden UTZ und MTT gewährt, und wie vertragen sich diese mit den nationalen Entwicklungszielen Tansanias?

- Inwieweit ist die landwirtschaftliche Produktion in der betroffenen Region durch das Nachu-Projekt gegenwärtig und langfristig beeinträchtigt?

- Was besagt das Memorandum of Understandig (MoU) zwischen der WiN und MR? Welche Details hinsichtlich der menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten finden sich im MoU?

- Welche Details in Bezug auf die Wahrung von Menschenrechten während der Umsiedlung sind bekannt? Inwieweit gab es Proteste? Welche Versprechen hat MR der betroffenen Bevölkerung gemacht, und wie wird die Umsetzung gewährleistet?

Kontakte
Uranium-network.org:
E-mail: mail@uranium-network.org

Tanzania Network e.V.:
E-mail: ks@tanzania-network.de

Afrika: Von Hilfe emanzipieren

Der Originaltext erschien im Januar 2018 in englischer Sprache unter dem Titel „RE-THINKING AFRICA BEYOND AID“ von Kambarure Kaputu auf der Plattform Allafrica.

„Wir müssen und werden Afrika von Hilfe emanzipieren“, sagte der ghanaische Präsident Nana Addo Dankwa Akufo-Addo während einer von der Royal African Society, Facebook und dem Ghana 60 Years On Committee organisierten Veranstaltung zum Thema „Africa Beyond Aid“ im November 2017. Damit betonte er einen wesentlichen Aspekt für die Verwirklichung eines wirtschaftlich unabhängigen Afrika, das seine Ressourcen effizient zum Wohl des Kontinents einsetzt.

Die Absicht resultiert aus den vielen politischen, sozialen und vor allem wirtschaftlichen Herausforderungen und Kämpfen, die Afrika im Lauf der Jahre zu bewältigen hatte. An Afrika klebt das Etikett des dunklen Kontinents, eines bettelnden Riesen und eines Ortes, der gebeutelt ist von Schulden, Hunger, Krankheit und Chaos. Internationale Medien zeichnen das negative Bild kontinuierlich weiter, indem sie alles Schlechte und Schändliche der „Natur“ Afrikas zuschreiben.

Das Thema Hilfe ist nicht falsch, denn es stärkt die staatliche Zusammenarbeit, unterstützt beim Wiederaufbau von Existenzen und Wohnraum nach Katastrophen, kann zur Steigerung der Lebensmittelproduktion und damit zur Verbesserung von Qualität und Quantität der auf dem Kontinent verfügbaren Nahrungsgüter beitragen. Die Förderung der industriellen Entwicklung kann unter anderem Arbeitsplätze schaffen und die Verkehrsinfrastruktur verbessern.

Jedoch haben sich der Wille und die Bereitstellung von Hilfe im Kern geändert, da Korruption in den Mittelpunkt gerückt ist und dazu geführt hat, dass die Menschen, die am dringendsten Unterstützung brauchen, sie nicht erhalten. Lokale Politiker nutzen Hilfe zum eigenen Vorteil oder für politischen Machtgewinn, und Geber gewähren sie womöglich, um politischen oder wirtschaftlichen Druck auf afrikanische Länder auszuüben, weil dann am Ende ein Staat dem Geberland oder der betreffenden Organisation vielleicht einen Gefallen schuldet. Darüber

hinaus wird Hilfe oft nicht als Geschenk, sondern als Darlehen gewährt, wobei sich arme Länder mit der Rückzahlung schwertun. Vor allem kann Hilfe die Abhängigkeit der wirtschaftlich weniger entwickelten Länder von den Geberländern erhöhen.

Die Beseitigung des „Abhängigkeitssyndroms“, das Afrika in seiner Entwicklung gebremst hat, sollte auf der Prioritätenliste aller afrikanischen Länder und der Afrikanischen Union, einschließlich aller regionalen Wirtschaftsgemeinschaften, stehen. Afrikanische Länder sind seit der Unabhängigkeit Empfänger von Hilfe, ohne dass sich ihre wirtschaftliche und politische Lage verbessert hätte. Und das, obwohl der Kontinent der am schnellsten wachsende Markt für Mobiltelefone ist und Äthiopien die rasantest wachsende Wirtschaft der Welt.

Trotz all unserer Ressourcen, welche die Erde reicher machen und des verbesserungsfähigen Potentials steht der Kontinent weiterhin still, ohne Hoffnung auf Neuausrichtung und Wiederaufbau dessen, was den Geist der Menschen Afrikas ausmacht.

Viele haben über die Zukunft unseres wunderschönen Kontinents gesprochen, über den Weg, den er gehen muss, und über Prioritäten, die gesetzt werden müssen, um die Ziele zu erreichen. Dies erfordert jedoch vor allem den politischen Willen der Machthaber, Einfluss auf die gesamte afrikanische Bevölkerung zu nehmen. Der Schlüssel bleibt die Einheit, und ein Umdenken sollte sich auf dem Kontinent entwickeln.

Daher müssen die afrikanischen Regierungen – um nur einige Punkte zu nennen – eine der Demokratie förderliche Politik umsetzen, indem sie für geeignete Rahmenbedingungen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen insbesondere für Jugendliche sorgen und die regionale Integration sowie das wirtschaftliche Engagement fördern. All das kann nur erreicht werden, wenn der politische Wille bei den afrikanischen Autoritäten gestärkt wird und Prioritäten zur Förderung der Jugend schnell gesetzt werden. Afrika kann das erreichen, und unser Kontinent kann perfektioniert werden. Alles hängt davon ab, dass die geachteten Völker Afrikas sich im Geist von Ubuntu die Hände reichen, sich wappnen und sensibilisieren und gemeinsam über die Zukunft unseres herrlichen Kontinents entscheiden. Dazu muss Afrika

aber sein Abhängigkeitssyndrom durchbrechen, wie Julius Kambarage Nyerere einmal sagte: „Unabhängigkeit kann nicht real sein, wenn eine Nation auf Gaben angewiesen ist.“

Übersetzung: Daniela Tschuschke
Original abzurufen unter: https://allafrica.com/stories/201801180643.html

Das deutsche Afrikajahr 2017 – ein Resümee

Daniela Tschuschke
arbeitet in der Koordinationsstelle des Tanzania-Network. Praktika, Sprachkurse und private Reisen führten sie während ihres Afrikanistik-Studiums wiederholt nach Tansania.

2017 wurde zum deutschen Afrika-Jahr erklärt. Im Rahmen ihrer G20-Präsidentschaft rief die Bundesregierung gleich mehrere Initiativen ins Leben. Zuerst präsentierte Entwicklungsminister Gerd Müller seinen „Marshallplan mit Afrika“, es folgte Finanzminister Wolfgang Schäuble mit „Compact with Africa“, und dann stellte das Bundeswirtschaftsministerium das Programm „Pro! Afrika“ vor. Alle Konzepte sind darauf ausgerichtet, Privatinvestitionen in Afrika zu stärken und die Wirtschaft anzukurbeln, um neue Jobs zu schaffen. Welches Resümee können wir ziehen?

Zum deutschen Afrika-Jahr schrieb die Präsidentin von „Brot für die Welt“, Cornelia Füllkrug-Weizel, Anfang 2017 für die Zeitschrift „Weltsichten“ den Beitrag „Afrika rückt ins politische Blickfeld“. Darin kommt die Hoffnung vieler zum Ausdruck, den Kontinent endlich mit all seinen Chancen und Potentialen wahrzunehmen und auf globale Zusammenhänge zwischen Europa und Afrika aufmerksam zu machen. Positiv sei, dass im vertrackten Migrationsdiskurs mit den verschiedenen Initiativen auch die Fluchtursachen und ihre Bekämpfung zur Sprache kämen. Denn wenn es darum geht, jungen Menschen in ihren afrikanischen Heimatländern eine Perspektive zu ermöglichen, müssen Bildungs- und Beschäftigungschancen geschaffen werden.

Dass Entwicklungspolitik zunehmend im Zusammenhang mit Migration diskutiert wird, offenbart das starke Eigeninteresse Deutschlands und Europas, sich afrikanische Migrant*innen vom Hals zu halten. Auf den zweiten Blick wird klar, dass die deutsche Politik 2017,

insgesamt gesehen, Fluchtursachen nicht bekämpft, sondern verstärkt hat. Denn – und darauf machte Füllkrug-Weitzel in aller Deutlichkeit aufmerksam: „Solange deutsche und europäische Regierungen durch ihre Klimapolitik, Rüstungsexporte oder sicherheitspolitische Zusammenarbeit den Frieden Afrikas untergraben, sollte sich keiner beklagen, dass Entwicklungspolitik nicht bewirkt, was man sich von ihr erhofft: nämlich Bleibeperspektiven in den Herkunftsstaaten zu schaffen." Und daran hat sich – wie es scheint – bislang nichts geändert. Anfang des Jahres rückte Deutschland ungeniert von seinem Ziel ab, bis 2020 die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent zu verringern. Ein verheerendes Signal für Kleinbauern, die schon jetzt durch den Klimawandel ihre Existenzgrundlage verlieren. Statt afrikanischen Staaten einzuräumen, schwache Sektoren wie die Landwirtschaft durch Schutzzölle zu stabilisieren, drängt die EU weiter auf neue Zollfreiheit für EU-Lieferungen, etwa in dem sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EPA zwischen der EU und den Staaten der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC). Länder wie Tansania, die sich weigern, riskieren, in der EU-Entwicklungshilfe zurückgestellt zu werden. 2017 war auch das Jahr, in dem bekannt wurde, dass die EU zum Schutz ihrer Außengrenzen mit libyschen Milizen zusammenarbeitet. Dadurch mögen weniger Menschen den Weg nach Europa schaffen, den Grund für ihren Aufbruch ins Ungewisse beseitigt das fragwürdige Engagement jedoch nicht.

Der „Marshallplan mit Afrika" und der „Compact with Africa" sollen neue Partnerschaften mit afrikanischen Staaten auf Augenhöhe ermöglichen. Das klingt zunächst einmal gut. Dass der erste Entwurf des Marshallplans anfänglich tatsächlich den Titel „Marshallplan für Afrika" trug und erst in letzter Minute in „Marshallplan mit Afrika" umbenannt wurde, ist symbolträchtig und demonstriert, wieviel von der hochgepriesenen Augenhöhe er wirklich enthält: An der Konzeption des Plans waren keine afrikanischen Akteure beteiligt. Primär scheint es um günstige Investitionsbedingungen für deutsche Firmen zu gehen. Doch was ist von ausländischen Investoren zu erwarten – außer dem Willen, Profit zu generieren? Von Standards bezüglich der Umwelt, Arbeits- und Menschenrechten und dem Erhalt sozialer Strukturen ist wenig die Rede im Marshallplan. Die Journalistin Arlette-Louise Ndakoze bezeichnete ihn im Deutschlandfunk deshalb gar als „Marshallplan gegen Afrika".

Und auch der „Compact with Africa“ (CwA), der im Rahmen der G20 verabschiedet wurde, ist aus sehr ähnlichen Gründen kein wirklicher Vertrag „mit“ Afrika: Er entstand ebenfalls ohne Mitwirkung afrikanischer Länder, Südafrika vertrat als einziger Mitgliedsstaat der G20 den gesamten Kontinent. Der „Compact with Africa“ verbindet die Finanzierung von großen Infrastrukturprojekten mit Auslandsdirektinvestitionen in ausgewählte Länder. Wieder kommen die afrikanischen Interessen nicht wirklich zum Ausdruck. Vielmehr steht eine Reihe von Finanzierungsinstrumenten im Mittelpunkt, die Renditen von privatem Kapital erhöhen oder zur Risikoabsicherung beitragen. Und noch etwas ist den Afrika-Initiativen gemeinsam: Wieder einmal gibt es nur das eine Afrika, ob Schwellenland oder Konfliktgebiet, Rohstoffausfuhr- oder Einfuhrland, West- oder Ostafrika, überschuldet oder nicht – es wird nicht differenziert. Mit dem CwA-Abschlussdokument endete die Hoffnung vieler, im Rahmen der G20 würden die wirklich brennenden Probleme des Kontinents ernsthaft angegangen. So enthält es keine Maßnahmen, die tatsächlich zur Bekämpfung von Armut oder der Klimakatastrophe in weiten Teilen Afrikas beitragen könnten. Und selbst aus der deutschen Wirtschaft kommt Kritik. Sie zielt vor allem auf die mangelnde Umsetzung der versprochen Förderungen: „Es geht nicht nur darum, dass der deutsche Mittelstand große Erwartungen hat, die seit einem Jahr enttäuscht wurden. Deutschland und die G20-Staaten haben den afrikanischen Partnern enorm viel in Aussicht gestellt. Doch auch dort merkt man, dass noch nicht viel passiert ist“, sagt Stefan Liebing, Vorsitzender des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft im Interview mit der deutschen Welle.

So erscheinen „Marshallplan mit Afrika“ und „Compact with Africa“ als Schaumschlägerei auf vielen Ebenen.

Quellen:

Cornelia Füllkrug-Weitzel: Afrika rückt ins politische Blickfeld, in: Weltsichten Heft 3-2017.

https://www.deutschlandfunkkultur.de/gipfel-der-g20-kein-marshallplan-fuer-afrika.1005.de.html?dram:article_id=388530

https://www.zeit.de/2017/32/fluechtlinge-mittelmeer-politik-

http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/was-in-hamburg-fast-unterging-2160/

http://www.fr.de/politik/meinung/gastbeitraege/gastbeitrag-muellers-marshallplan-fuer-afrika-reicht-nicht-a-995792

https://www.dw.com/de/deutsche-privatinvestitionen-in-afrika-die-politik-verspricht-die-wirtschaft-hofft/a-44555595

http://www.taz.de/!5371866/

Entwicklungsminister Gerd Müller beim Global Citizen Earth Day 2015.
Foto: World Bank Foto Collection /flickr.com (CC BY-NC-ND 2.0)

Fluchtursachen – Für einen Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik

Nico Beckert
ist freier Autor und entwicklungspolitischer Bildungsreferent. Er schreibt regelmäßig für Makroskop.eu, die E+Z, betreibt den Blog zebralogs.wordpress.com und twittert (@nico_beckert).

„Fluchtursachen überwinden" – das ist zu einem Credo der deutschen Politik geworden. Auch im sogenannten „Masterplan Migration" von Innenminister Seehofer taucht der Begriff auf. Die Entwicklungspolitik ist ein herausforderndes Feld. Sie darf nicht einseitig als Sozialpolitik für die Länder des Globalen Südens betrachtet werden. Vielmehr müssen beispielsweise die Handelspolitik und die globale Finanz- und Steuerarchitektur stets mitgedacht werden.

Zentraler Bestandteil der deutschen Entwicklungspolitik sollte es sein, die Ursachen von ausbleibender sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung überwinden zu helfen und den Partnern im Globalen Süden die entsprechenden politischen Handlungsspielräume zu geben, anstatt von außen an Symptomen herumzudoktern.

Der Afrikaplan von Entwicklungsminister Müller – der Marshallplan mit Afrika – erkennt diese Herausforderung nach größerer entwicklungspolitischer Kohärenz stellenweise an. Doch der vermeintlich große Wurf scheint erneut zu einem Papiertiger zu werden. Von einem Paradigmenwechsel ist die deutsche Entwicklungspolitik noch immer weit entfernt.

Zentrale Herausforderungen afrikanischer Staaten

So unterschiedlich die Länder des afrikanischen Kontinents sind, sie teilen einige zentrale Herausforderungen. In den meisten Staaten besteht hohe Unterbeschäftigung und Jugendarbeitslosigkeit. Es

mangelt an formalen Arbeitsverhältnissen, die ein sicheres Einkommen ermöglichen. Die Wirtschaftsstruktur ist überwiegend durch landwirtschaftliche Kleinbetriebe und die Rohstoffbranche bestimmt, der industrielle Sektor hingegen unterentwickelt.

Dementsprechend gibt es auch kaum Wirtschaftsakteure, die besteuert werden könnten. Ein Problem, das die Steuerflucht im Rohstoffsektor noch verstärkt. Derzeit finanzieren sich viele afrikanische Staaten noch immer durch externe Quellen. Sei es durch bi- und multilaterale Entwicklungshilfe oder durch Auslandsverschuldung am Kapitalmarkt. Die aufgenommenen Kredite werden häufig nicht in die Diversifizierung der Wirtschaft investiert. Bei Weltmarktschocks wie dem Verfall von Rohstoffpreisen droht die Belastung nicht mehr tragfähig zu sein. Es kommt wiederholt zu Schuldenkrisen.

Die deutsche Entwicklungspolitik tut zu wenig, um ein internationales Umfeld zu schaffen, in dem die Länder des Globalen Südens die Herausforderungen meistern können.

Freihandelsdogma dominiert

In der Handelspolitik besteht Deutschland auf dem Abschluss von Freihandelsabkommen mit den afrikanischen Staaten (Wirtschaftspartnerschaftsabkommen – EPAs). Sie sollen ihre Märkte öffnen, erlangen aber kaum Vorteile, da sie theoretisch meist schon freien Zugang zum EU-Markt haben. Daher besteht die Gefahr, dass afrikanische Unternehmen und Kleinbauern durch Importe noch weiter ins Abseits geraten. Denn Studien zufolge sind nur 15 bis 35% aller Produkte wettbewerbsfähig genug, um auf dem Weltmarkt bestehen zu können.

Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) fordert in einem von Entwicklungsminister Müller angefragten Papier, es müsse den afrikanischen Staaten möglich sein, „Teile der eigenen Wirtschaft vorübergehend vor dem übermächtigen internationalem Wettbewerb zu schützen“. Damit schlügen die afrikanischen Länder keinen Sonderweg ein, sondern nähmen sich ein Beispiel an den erfolgreichen Industrialisierungsprozessen in den USA, Deutschland, Japan, Südkorea oder jüngst in China. Diese Staaten konnten alle zuerst einheimische Industrien aufbauen, bevor sie ihre Wirtschaft für

den Weltmarkt geöffnet haben. Die EPAs zementieren hingegen das Freihandelssystem, das mit der Schaffung der Welthandelsorganisation (WTO) institutionalisiert wurde. Dabei gibt es Alternativen. Statt der Freihandelspolitik sollte Europa die regionale Integration Afrikas, also den Aufbau regionaler Märkte, unterstützen. Daneben könnten Beratungsleistungen – wie das vom DIE vorgeschlagene „Zukunftsprogramm afrikanischer Strukturwandel" – angeboten werden, damit afrikanische Industrien von handelspolitischen Schutzmaßnahmen profitieren, anstatt dass diese auf politisch gut vernetzte „Unternehmer" zugeschnitten werden. Spannend ist, dass selbst Vertreter deutscher Wirtschaftsverbände auf ihren privaten Twitteraccounts schreiben, dass es eine starke afrikanische Wirtschaft brauche, da ohne lokale Partner und Kunden kaum von außen investiert werde.

Entwicklungsfinanzierung

Auch bei der Entwicklungsfinanzierung greift die Diskussion in Deutschland häufig viel zu kurz. Meist steht das Ziel im Vordergrund, 0,7% des deutschen Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden (ODA-Quote). Während die Absicht zu loben ist, verringert sich die Abhängigkeit Afrikas von externen Mittelgebern damit nicht. Weitaus nachhaltiger wäre es, den illegalen Abfluss von Finanzmitteln und die Ausbeutung afrikanischer Reichtümer zu beenden. Denn die Länder verlieren jährlich eine geschätzte Summe zwischen 30 und 100 Milliarden Euro an potentiellen Einnahmen infolge von Steuerflucht vorwiegend multinationaler Konzerne. Hinzu kommen Verluste durch Ausbeutung der Fischbestände oder Tilgung verantwortungsloser Kredite, die mitunter von korrupten Staatschefs aufgenommen wurden.

Zusätzlich zu alljährlichen Versprechungen (Regierung) und Forderungen (Opposition), die ODA-Quote zu erhöhen, sollte die Politik helfen, den Abfluss illegaler Finanzströme einzudämmen. Auf internationaler Ebene dürfte Deutschland nicht mehr bei der Bekämpfung der Steuerflucht bremsen, sondern sollte sich für die Einbeziehung der Länder des Südens einsetzen, also das Thema von der OECD auf die UN verlagern. Auf nationaler Ebene könnte Deutschland endlich anfangen, auch afrikanische Länder am Informationsaustausch über Steuerdaten zu beteiligen, statt die Behörden dort weiter im

Dunkeln tappen zu lassen und es Steuerflüchtlingen noch leichter zu machen.

Marktgläubigkeit statt Anerkennung des Entwicklungsstaates

Der vom damaligen Finanzminister Schäuble ins Leben gerufene „G20 Compact with Africa“ fußt darauf, die Rahmenbedingungen für private Investitionen in Afrika zu verbessern. Afrikanische Staaten mussten sich beim G20-Treffen in Hamburg wie in einer Casting-Show mit ihren geplanten Reformbemühungen zur Verbesserung des Investitionsklimas bei Investoren und Partnerländern aus dem Globalen Norden bewerben.

Ähnlich wie in der Wirtschaftspolitik für Europa, steht beim Compact die Wettbewerbsfähigkeit afrikanischer Staaten im Vordergrund. Jedoch lockt ein Land, das seine Investitionsbedingungen erleichtert, nur so lange Unternehmen an, bis ein anderes Land ein noch lukrativeres Angebot macht. Es besteht die Gefahr, dass die afrikanischen Staaten miteinander um die kargen Investitionen ausländischer Unternehmen konkurrieren, sich also mittelfristig Kosten und Ertrag nicht mehr die Waage halten.

Welche Rolle spielt der freie Markt?
Foto: pixabay.com

Es zeigt sich, wie wichtig es ist, die einheimische Wirtschaft zu fördern. Denn lokale Unternehmen haben ein genuines Interesse an der Entwicklung ihres Landes und sind dort natürlich viel stärker verwurzelt. Im Gegensatz zu internationalen Firmen werden sie sich nicht zurückziehen, wenn ein Nachbarstaat mit vermeintlich besseren Investitionsbedingungen lockt.

Die deutsche Entwicklungspolitik muss sich endlich vom neoliberalen Dogma freier Märkte und des schlanken Staates lösen. Die Entwicklungserfolge der asiatischen Tigerstaaten und später Chinas zeigen die Bedeutung eines starken Staates, denn sie beruhten nicht auf freien Marktkräften. Der Schutz für einheimische Produzenten, die Bereitstellung von Krediten für produktive Unternehmen und strategisch wichtige Industriesektoren, die Förderung von Ausbildung und später von Innovationen sowie technologischem Fortschritt waren essentielle staatliche Leistungen, ohne die den asiatischen Ländern kein so erfolgreicher Aufholprozess gelungen wäre.

Fazit

Abschließend ist festzuhalten, dass die deutsche Entwicklungspolitik nicht im leeren Raum agiert, sondern von deutschen Wirtschaftsinteressen und wirtschaftspolitischen Überzeugungen beeinflusst wird. So ist Deutschland mit seinem exportlastigen Wirtschaftsmodell vom freien Zugang zu Exportmärkten abhängig. Regierungskreise haben vermutlich Bedenken, protektionistische Maßnahmen könnten wieder an Attraktivität gewinnen, wenn sie Entwicklungsländern erlaubt wären. Befürchtet wird anscheinend, dass sich auch größere Handelspartner dieser Maßnahmen bedienen und Deutschland Exportmärkte verliert.

Zudem setzt Deutschland sowohl im Inland als auch bei europäischen „Krisenländern“ komplett auf die Verbesserung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit, also auf ein neoliberales Wirtschaftsmodell, in dem Staaten wie Unternehmen behandelt werden und es hauptsächlich um die Senkung von Kosten geht. Diese wirtschaftspolitischen Überzeugungen werden sich letztendlich immer auf die Entwicklungspolitik übertragen. Dementsprechend ist nicht absehbar, dass sich Deutschland für eine stärkere Rolle des Staates oder eine Abkehr vom Dogma der Wettbewerbsfähigkeit einsetzen wird. Der

Aufbau oder vielmehr die Rekonstruktion eines Weltwirtschaftssystems, in dem wirtschaftlich schwächere Länder ausreichend politischen Handlungsspielraum haben, um eigene Entwicklungspfade zu bestreiten – wie Südkorea, Taiwan und Co. in den 1960er und 1970er Jahren – wird somit auch von Deutschland verbaut und steht einem Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik im Weg.

Dieser Artikel erschien zuerst auf auf WI(e)SO – Wie sozial kann Wirtschaft sein und auf Zebralogs.

Der freie Markt als „Entwicklungshilfe“?

Tilman Sager
arbeitete 2013/14 als Freiwilliger in Tansania sowie 2017/18 in Papua-Neuguinea. Derzeit studiert er Informatik an der Universität Leipzig.

Das Konzept einer Special Economic Zone (SEZ), einer Sonderwirtschaftszone, wurde 1934 in New York entwickelt, um ein räumlich begrenztes Gebiet innerhalb eines Staates auf eine bestimmte Wirtschaftsform auszurichten, ausländische Investoren anzuwerben und den internationalen Handel zu erleichtern. 1959 zum ersten Mal in moderner Form in Irland umgesetzt, gibt es heute Sonderwirtschaftszonen in über 135 Ländern auf fünf Kontinenten – den Globalen Süden eingeschlossen.

Nach dem Vorbild Chinas und Indiens treibt auch Tansania seit 2006 die Einrichtung mehrerer Special Economic Zones unter Aufsicht der Export Processing Zones Authority (EPZA) voran. Zum Beispiel etabliert die Regierung seit 2016 unter chinesischer Anleitung eine 10.620 Hektar große „Star City“-Zone in Morogoro, wo – ähnlich einem der effizientesten Vorbilder weltweit, dem Shenzhen-Projekt in China – eine komplette urbane Region für wirtschaftliche Zwecke geschaffen wird. Ebenso wollen die Verantwortlichen den Ausbau der Tansam-Bahn (Tanzania-Zambia-Railway – TAZARA) im Rahmen eines solchen Projekts fördern.

Die Behörden locken Investoren mit Steuererleichterungen oder gar Steuerfreiheit, vereinfachten bürokratischen Prozessen und günstigen Personalkosten. Von der Anwerbung ausländischer Firmen wie LEVIS, WRANGLER oder PRIMARK erhofft sich der Staat ein stärkeres Wirtschaftswachstum, das die Arbeitslosenquote senken, die Infrastruktur verbessern und die technische Entwicklung steigern soll. Allerdings zeigt die Erfahrung, dass nur ein geringer Prozentsatz

der Sonderwirtschaftszonen dem Gastland echte Vorteile bringt. Viele Projekte werfen kaum oder gar keine Gewinne ab. Begünstigt durch die veränderte Gesetzgebung und die damit einhergehenden Steuererleichterungen missbrauchen Investoren die Zonen zudem als Selbstbedienungsladen. Während manche Staaten nur die existierenden nationalen Gesetze wirtschaftsfreundlicher gestaltet haben, gilt in anderen das Recht aus dem Herkunftsland des Investors. Zusätzlich fehlt es an Transparenz. Die privaten Betreiber sind nicht generell zur Auskunft gegenüber ihren Gastgebern verpflichtet. Lokale Nichtregierungsorganisationen berichten von Menschenrechtsverletzungen, Nichteinhalten von Umweltstandards und Landraub im Zusammenhang mit Special Economic Zones.

Zumindest in der Theorie verfolgen solche Einrichtungen das Ziel, Wirtschaftswachstum durch Deregulierung zu erreichen und auch die Bevölkerung zu begünstigen. Denn die These vom Trickle-Down-Effekt besagt, dass Einkommenszuwachs bei den Reichen allmählich zur Mittelschicht und den ärmeren Mitgliedern der Gesellschaft durchsickert. Es ist aber anzuzweifeln, wie effektiv und fair im Globalen Süden die Umsetzung in der Praxis gelingt. Für eine wirklich nachhaltige Entwicklung sollte die nationale Regierung strenger in Verantwortung genommen, das Steuersystem vereinfacht und die Reichensteuer erhöht werden, anstatt internationalen Firmen als Steigbügelhalter für noch mehr Profit zu dienen.

Quellen:

P. Pakdeenurit, N. Suthikarnnarunai: Special Economic Zone: Facts, Roles, and Opportunities of Investment. In: IMECS, 2014.

A. Kinyondo, C. Newman, F. Tarp: The role and effectiveness of Special Economic Zones in Tanzania. In: WIDER Working Paper 2016/22, 2016.

D. Z. Zeng: Global Experiences with Special Economic Zones – With a Focus on China and Africa. In: Investing in Africa Forum, 2015.

The economist: Special Economic Zones: Political priority, economic gamble. Online verfügabr unter: https://www.economist.com/finance-and-economics/2015/04/04/political-priority-economic-gamble [2015]

Tansanias Entwicklungsziele

Seine Ziele und Visionen für eine selbstbestimmte Zukunft als Schwellenland hat Tansania in einem mehrstufigen Entwicklungsplan formuliert. Die Zusammenfassung gibt einen Überblick:

TANZANIA DEVELOPMENT PLAN, VISION AND INVESTMENT PRIORITIES TO ACHIEVE MIDDLE INCOME STATUS BY 2025

TARGETS

1. Transforming Tanzania into a middle-income country, imbued with five main national attributes:
a) High quality livelihood;
b) Peace, stability and unity;
c) Good governance;
d) A well educated and learning society; and
e) A competitive economy capable of producing sustainable growth and shared benefits.

2. Transforming the economy from a predominantly agricultural one to a diversified and semi-industrialized economy with a substantial industrial sector comparable to typical middle-income countries.

Realisation
The Long Term Perspective Plan (LTPP) is some kind of a road map for ensuring that the country moves in the direction of realising the Tanzania's Development Vision 2025 in the decade and half of implementation that remained in all aspects. It was observed that significant structural transformation was required in order to reach the desired middle income status with US-$ 3.000 per capita income in the remaining 15 years. Specifically, the following were seen as important interventions:

1. Reduction of share of the agricultural sector in GDP from 27.8% to 20.7%.
2. Increase in manufacturing sector's contribution from 9.3% to 18%.
3. Increase of share of services sector from 47.9% to 48.6%
4. Significant changes in sectoral growth trajectories were needed:

- Agriculture sector to grow at an annual average of 6.0% instead of 4.4%
- Industrial sector to grow by 8.2% instead of 7.0%.
- The services sector to grow by 7.5 % instead of 7.0%.

Die ausführliche Version finden Sie unter:
https://www.mcci.org/media/154357/tanzania-developemnt-plan-booklet.pdf

Wohin steuert Tansania?

Neue Strategien für eine eigenständige Entwicklung

Elisabeth Steinle-Paul
ist seit 2002 Mitglied der HABARI-Redaktion. Sie hat mehrere Jahre in Tansania als Ärztin gearbeitet und pflegt seitdem vielfältige Kontakte dorthin. Derzeit ist sie in Stuttgart als Frauenärztin und Homöopathin in eigener Praxis tätig:

STRATEGIEN

Pläne und Ziele

Ende des 20. Jahrhunderts entstand die „Tanzania Development Vision 2025“ (www.mof.go.tz/mofdocs/overarch/vision2025.htm). Darin wird als Ziel formuliert, bis 2025 ein jährliches Pro Kopf-Einkommen von 3000 US-$ zu erreichen. Mit drei Fünfjahresplänen sollen ab 2011 in Landwirtschaft und Industrie neue Arbeitsplätze entstehen und bekannte sowie neu entdeckte Bodenschätze nutzbar gemacht werden. Trotz eines Wirtschaftswachstums von 6% sind auch die ehrgeizigen Zwischenziele nicht erreicht worden.

Neuorientierung und Interne Veränderungen unter Magufuli

Frühere Präsidenten warben vor allem Finanzhilfen im Ausland ein. Magufuli will Entwicklung aus eigener Kraft erreichen, auch um sich den an die Hilfe geknüpften Bedingungen – wie Good Governance und Menschenrechtsfragen – entziehen zu können. Westliche Entwicklungsorganisationen betrachtet er daher mit Skepsis, weil sie tansanische Werte, beispielsweise beim Thema Homosexualität, in Frage stellen und Hilfe auch einen lähmenden Effekt auf die eigene Initiative verursachen kann. Dass nach 50 Jahren Entwicklungshilfe immer noch
ausländische Unterstützung beim Bau einfacher Latrinen in Anspruch genommen wird, empfindet er als beschämend.

Magufuli setzt auf weniger ausländische Investoren, dafür auf verstärkte Investitionen in die Infrastruktur durch Unternehmen

der Regierungspartei nach dem Vorbild seines ruandischen Kollegen Kagame. Das setzt eine langfristig dominierende Partei voraus und einen quasi allmächtigen Präsidenten – bei gleichzeitiger Schwächung der Opposition. Diese Strategie des sogenannten Patrimonialismus erwies sich in Ruanda als erfolgreich. Kirche und Opposition in Tansania stehen dem Konzept reserviert gegenüber. Sie setzen auf eine modernisierte Verfassung und robuste Kontrollinstanzen.

Prioritäten der Magufuli-Regierung

- Steigerung der Steuereinnahmen
- Korruptionsbekämpfung
- Begleichung unbezahlter Rechnungen staatlicher Organe (TZS 200 Mrd.)
- Große Infrastruktur-Investitionen
- Verlässliche Elektrizitätsversorgung
- Erdgas als tragende Energiequelle
- Land-Gesetzgebung und Lösung der Landkonflikte
- Veredelung von Mineralien wie Gold, Edelsteinen und seltenen Erden im Land – mit dem dazu erforderlichen Wissenstransfer

Landwirtschaft

Zwar könnte die bäuerliche Landwirtschaft die meisten Arbeitskräfte absorbieren, sie genießt aber weit weniger Aufmerksamkeit als eine mechanisierte Agrarproduktion, von der sich die Regierung mehr Export-Chancen, mehr Vorprodukte für eine verarbeitende Industrie, schnellere Kaufkraft-Steigerung und Nachfrage nach Industrieprodukten verspricht. Auch finden die meisten gebildeten Jugendlichen eine landwirtschaftliche Tätigkeit nach traditioneller Art wegen der harten Arbeit und geringer Produktivität nicht attraktiv.

Verarbeitende Industrie

Das schwache Wachstum in der Landwirtschaft behindert das Wachstum der verarbeitenden Industrie, die mangels ausreichenden Angebots weit unter ihren Kapazitätsgrenzen bleibt. Nicht nur deshalb hält sich das Industrie-Wachstum in Grenzen. Lediglich 10% der von den kommerziellen Banken vergebenen Kredite (insgesamt TZS 16,3 Bill.) wurden in Industriebetriebe investiert. Die Stiftung Privatsektor forderte daher eine staatliche Industrie-Entwicklungsbank oder Staatsbürgschaften.

Außerdem ist der bürokratische Aufwand, verbunden mit zeitraubenden Behördengängen und Schmiergeldzahlungen, für potentielle Investoren ein großes Hemmnis. Um die Zeit für eine Zulassung und Registrierung zu verkürzen, wurde nun eine Onlineplattform entwickelt, auf der diese Prozesse weit schneller erledigt werden können.

ENTWICKLUNGSPARTNER

Bei Großprojekten ist China der wichtigste Entwicklungspartner Tansanias. Schon unter Nyerere finanzierte der asiatische Riese die Tazara-Bahn und die URAFIKI-Textilfabriken. Ebenso entstanden die Mahonda-Zuckerfabrik, die Gas-Pipeline von Mtwara nach Daressalam und die Uni-Bibliothek in Daressalam mit maßgeblicher Beteiligung Chinas, das auch bei der Realisierung von Sonderwirtschaftszonen wie in Bagamoyo und Kurasini federführend ist. Eine ganze Reihe weiterer Großprojekte mit China sind in Planung. Die Türkei gewährte langfristige Kredite für die ersten beiden Abschnitte der neuen Zentralbahn (Daressalam – Morogoro – Dodoma), die von türkischen und portugiesischen Firmen gebaut wird.

Im Gesundheitswesen spielen ausländische Geber eine wichtige Rolle, vor allem bei kirchlichen Einrichtungen und den Aga-Khan-Kliniken. Die Programme zur AIDS-Prävention, Behandlung HIV-Infizierter und Drogenabhängiger (Methadon-Substitution) wurden ganz überwiegend vom Ausland finanziert, wobei die USA (2017: 526 Mio. US-$) und Großbritannien die wichtigsten Spender sind. Der kürzlich gegründete AIDS Trust Fund soll die zurückgehenden Hilfezusagen auffangen. Südkorea bezahlt umfangreiche Fortbildungs- und Spezialisierungsprogramme für Ärzte, die Weltgesundheitsorganisation WHO wiederum die „Tanzania Health Data Collaborative“, die statistisch die Entwicklung des Gesundheitswesens erfassen und vorhandene Daten harmonisieren soll. Die US-Krebsgesellschaft, das Londoner Ärzte-Kolleg und die Ostafrikanische Entwicklungsbank wollen beim Aufbau eines aussagekräftigen Krebsregisters in Tansansia helfen. Die Gemeinschaft der Entwicklungspartner sicherte für 2017/18 pauschal 100 Mio. US-$ für das Gesundheitswesen zu.

Die Landwirtschaft erhält u.a. Finanzierungshilfen von privaten

Stiftungen wie der Gates Stiftung, die Agrar- und Gesundheitsprojekte 2017 mit 300 Mio. US-$ unterstützte. Seit 1978 erhielt Tansania aus dem Internationalen Landwirtschaftsfond 430Mio. US-$. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) sponserte 500 leichte Boote für sansibarische Tang-Farmer, die aber ihre Ernte auf dem übersättigten Markt nicht absetzen können. Das UN-Entwicklungshilfe-Programm (UNDAP II) fördert 2016 bis 2021 Landwirtschafts- und Frauenprogramme, besonders für die 340.000 Flüchtlinge in der Kigoma-Region.

Weitere Finanzierungspartner

Die Weltbank (WB) unterstützt regelmäßig Maßnahmen für eine effizientere staatliche Verwaltung – zum Beispiel im Finanzwesen, bei der Erfassung und Beurkundung von Personalien sowie auf dem Gebiet der Statistik. 65 Mio. US-$ fließen in eine „bürgerzentrierte Modernisierung des Justizwesens“ zur Bekämpfung von Korruption. Ein weicher Kredit von 150 Mio. US-$ soll die Infrastruktur für den Tourismus im südlichen Landesteil fördern.

Die Afrikanische Entwicklungsbank AfDB (www.afdb.org) hat seit 1971 3,4 Mrd. US-$ in Tansania investiert, hauptsächlich in die Sektoren Transport, Landwirtschaft, Energie, Wasserversorgung und Entsorgung. Zuletzt sagte sie 160 Mio. US-$ für das Schnellbus-System in Daressalam zu. Zahlreiche weitere Geberstaaten wie die Niederlande, Indien, Schweden und Deutschland finanzieren neuere Projekte der Abfallwirtschaft, Wasserversorgung und Frauenförderung, ebenso Bildungs- und Impfprogramme.

TENDENZEN

Der zuständige Parlamentsausschuss warnte davor, sich auf Dauer auf ausländische Hilfen zu verlassen. Doch davon ist Tansania in den letzten zwölf Jahren etwas unabhängiger geworden. 2016 betrug die Zuwendung zum Staatshaushalt noch 14%. Einige Geberländer haben sich aus der globalen Haushaltssubventionierung zurückgezogen, ohne offiziell Gründe zu nennen. Mehrere Staaten hatten jedoch deutlich ihre Besorgnis über die Menschenrechtssituation in Tansania geäußert. Der Finanzminister teilte mit, dass die ausländischen Entwicklungspartner aber weiterhin projektbezogene Hilfen gewährten.

Eine Studie der amerikanischen Universität Virginia Tech fand heraus, dass Finanzhilfen der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank überwiegend in städtische und besser entwickelte Gebiete flossen, weil dort mehr Effekt pro Dollar erwartet wurde. Damit verschärfte sich jedoch das Gefälle zu den ärmeren ländlichen Regionen.

Eine Zusammenfassung aus der Tansania Information 03 / 2018 (monatlicher Pressespiegel tansanischer und internationaler Zeitungen www.tansania–information.de) von Elisabeth Steinle-Paul

Tansania möchte bis 2025 ein Pro-Kopf-Einkommen von 3000 US-$ erreichen
Foto: pixabay.com

Tanzania as an Actor in East, Central and Southern Africa

Dr. Harrison Kalunga Mwilima
grew up in Tanzania but currently lives in Berlin with his family. He holds a PhD in Transnational Studies from the Free University of Berlin, is a part-time lecturer of Political Science (International Relations), a sustainable development consultant and a board member of Tanzania-Network.

Im Rahmen des Frühjahrsstudientags von Tanzania-Network zum Thema „Beyond Aid – Paradigmenwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit" am 17. März 2018 in Frankfurt a.M., referierte Dr. Mwilima zum Thema „Tansania als Akteur in Ost- , Zentral- und dem südlichen Afrika".

Normally when we think of foreign aid, the picture that comes to mind is that richer countries give assistance to poorer countries. In this sense, a country like Tanzania, can easily be assumed to be a receiver rather that a giver of aid. This thought disturbed me to the extent that I decided to check if there are any instances where Tanzania has given aid, at least to its neighbouring countries, despite the country being classified as a Least Developed Country (LDC).

To find that out, it is necessary to look at aid in terms of economic and humanitarian aid. Economic aid involves assistance mainly from richer countries to LDCs and it might involve debt relief, direct and indirect aid, cheap finance, tied and untied aid etc. Such types of assistance are the reason why one can connect aid giving to richer countries, while aid receiving to poorer countries. On the other hand, humanitarian aid is material and logistic assistance to people who need help and may cover intervention areas such as food and nutrition, shelter, health care, water and sanitation and education in emergencies. All countries whether poor or rich, so long they are touched, can give humanitarian aid.

Most of the poorer or small donor countries provide humanitarian aid, since this type of assistance is given when other countries or people are in need rather than just providing assistance for the case of supporting development. This could explain why most of the poorer/smaller donor countries do not have institutions or policies towards foreign assistance as those from the western countries eg GIZ and KfW in the German context.

Tanzania also gives humanitarian aid to its neighbouring countries. This can be traced by assessing historical facts on how Tanzania was actively engaged in supporting anticolonial movements as well as intervening in postcolonial conflicts. In addition, one can look at the current facts, and for this, I use the case of the Burundi crisis to show how Tanzania has contributed with cash as support for solving the conflict.

During the anticolonial movements in African countries, Tanzania (by then Tanganyika) was one of the earliest countries to gain independence in the Eastern and Southern African region (1961), thus it participated actively in supporting its neighbours to attain independence. Human suffering during the anticolonial movement led Tanzania to assist freedom fighters and to provide human relief for the victims of oppressive colonial regimes.

Tanzania offered itself as a base for those fighting for liberation, hosting the forces of many movements including: the African National Congress (ANC) and the Pan African Congress (PAC) from South Africa, the Mozambique Liberation Front (FRELIMO), the People's Movement for the Liberation of Angola (MPLA), the Zimbabwean African National Union (ZANU), the Zimbabwean African People's Union (ZAPU), and the South West Africa People's Organisation (SWAPO) from Namibia. Tanzania also welcomed and housed large numbers of refugees from struggles across Southern Africa, providing an escape for those endangered by war or colonial oppression.

After becoming independent, most of the African countries were engaged in civil conflicts. Civil wars in postcolonial states led to spread of diseases and worsened humanitarian conditions. Tanzania opened its borders to refugees, provided shelter, food aid and other social services desperately needed by victims of tragedies. In addition, Tanzania went

to war with Uganda to remove Idi Amin using humanitarian claims of helping the people of Uganda.

In the current era, the unstable political situation and election tensions of 2015 in Burund, led people to flee to the neighbouring countries. Most of them moved to Tanzania and currently they are said to be 110,000 Burundian refugees in the country. As such Tanzania has been providing humanitarian aid to Burundi in order to sort its crisis. According to the UN data, Tanzania has contributed to the Burundi Regional Refugee Response Plan 107.3 million US$, 61.7 million US$, and 9.7 million US$ in 2016, 2017 and 2018 respectively.

This shows that when we think of aid, we should not limit ourselves to the economic aid which might lead to think of Tanzania as a receiver. I have shown here Tanzania has given mainly humanitarian aid. For me, beyond aid means going further than thinking of economic type of assistance in order to capture some aid providers, who are normally the recipients of economic aid. As such we can recognize their contribution to the humanitarian world. In this case, we are able to tell their stories and avoid to listen to one single story, as the African saying goes, the lion's story can never be told so long it is the hunter who has to tell it.

„Tanzania also gives humanitarian aid to its neighbouring countries."
Foto: Naima Braun

Frauen als Entwicklungsakteurinnen

Aneth Lwakatare-Thumm
arbeitete vier Jahre als Referentin für Menschenrechtsfragen bei Mission EineWelt. Die Juristin aus Tansania, Vorstandsmitglied imTanzania Network, war außerdem für weitere kirchliche Institutionen in Deutschland, Tansania und der Schweiz tätig. Momentan promoviert sie an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Im Rahmen des Frühjahrsstudientags von Tanzania-Network zum Thema „Beyond Aid – Paradigmenwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit“ am 17. März 2018 in Frankfurt a M. leitete die Autorin den Workshop „Frauen als Akteurinnen von Entwicklung in Tansania“.

Viele Frauen in Tansania sind in der Tourismusbranche und in modernen Wirtschaftsbereichen beschäftigt. Die große Mehrheit sucht ihr Auskommen jedoch immer noch als Kleinbäuerinnen. Auf dem Land bauen sie Nahrungsmittel an, besorgen sauberes Trinkwasser und kümmern sich unter schwierigen Bedingungen nicht nur um den Haushalt, sondern auch um Kinder, Alte und Kranke. Da viele Männer aus den Dörfern losgezogen sind, um in Minen oder in der Stadt einen Job zu finden, fällt den Frauen zugleich auch die traditionelle Männerrolle zu, das Überleben der Familie zu sichern. Als „Selbständige“ betreiben sie auf Märkten und in Städten zudem Handel und kleine Geschäfte. Oder sie verdingen sich für geringen Lohn als Angestellte, oft mit überlangen Arbeitszeiten, wenig Schutz und ungenügender sozialer Absicherung. Zudem wird die systematische Erfassung ihres Beitrags zur wirtschaftlichen Entwicklung erschwert. In der Realität arbeiten Frauen im Durchschnitt achtzehn Stunden pro Tag, Männer hingegen acht Stunden – so die Studie einer lokalen Organisation (Tanzania Organic Agriculture Movement).

Trotz gesetzlicher Regelungen zum Schutz der Frau schränken traditionelle Normen wie Zwangsverheiratung oder Genitalverstümmelung nach wie vor die Rechte vieler Frauen ein. Oft wird ihnen auch kein Anspruch auf Eigentum an Land und Immobilien eingeräumt, nicht selten leiden sie unter häuslicher Gewalt. Wenn der Ehemann verstorben ist, beschuldigt seine Familie in vielen Fällen die Witwe des Mordes. Die Frauen werden von ihrem Land und aus ihrem Haus vertrieben, obwohl das Erbrecht ihnen eigentlich klare Rechtssicherheit zuspricht. Mit dem Verlust ihres Landes verlieren sie die gesamte Lebensgrundlage für sich und ihre Kinder. Mädchen haben auf dem Land nur geringe Bildungschancen. Auch die medizinische Versorgung lässt in weiten Teilen zu wünschen übrig. Noch heute sterben viele Tansanierinnen bei der Geburt.

Doch es gibt auch Positives zu berichten. Zum Beispiel erweisen sich weibliche Geschäftspartner bei Kleinprojekten, den sogenannten

„Frauen sind die wahren „Macher“ in Tansania [...]“
Foto: Niels Kölker

„Mikrokrediten“, als äußerst zuverlässig. Die aufgenommenen Summen sind sehr gering, können es aber einer Familie ermöglichen, ihre Kinder zur Schule zu schicken oder einen Laden zu eröffnen, um der Armutsfalle zu entkommen. Bei schlechtem Management führt ein solches Mini-Unternehmen womöglich aber auch in die Schuldenfalle. Der wirtschaftliche Erfolg mancher Frauen verunsichert ihre Ehemänner, da er die gewohnten Rollen umkehrt. Einige passen sich der neuen Situation an und akzeptieren ihre Partnerinnen als ebenbürtig, andere reagieren mit Gewalt. Etwas besser sieht die Situation der privilegierten Schichten in den Städten aus, wo viele Männer die Berufstätigkeit ihrer Frauen unterstützen.

Um die Teilhabe von Frauen an der Entwicklung des Landes zu fördern, hat die Regierung den nationalen Entwicklungsplan „Vision 2025“ erstellt. Er soll die Gleichstellung der Geschlechter fördern und Frauen in der Politik und Wirtschaft unterstützen. Momentan liegt ihr Anteil im nationalen Parlament bei knapp 37 Prozent und damit genauso hoch wie in Deutschland. Trotz immenser Arbeitsbelastung engagieren sich Frauen darüber hinaus in der Kirche oder leiten lokale Initiativen, die Hilfe und gegenseitige Unterstützung bieten. Zudem besteht die Möglichkeit, neue Fähigkeiten zu erwerben oder sogar in Führungspositionen aufzusteigen. Frauen sind die wahren „Macher“ in Tansania, und immer mehr kämpfen für ihre Rechte. Damit werden sie befähigt, in Gesellschaft, Politik und Wissenschaft so aufzutreten, wie es sein sollte: als gebildete und einflussreiche Mitglieder der tansanischen Gesellschaft.

Islamische Entwicklungsinitiativen

Sebastian Müller
ist Doktorand der Bayreuth International Graduate School of African Studies (BIGSAS). In seiner Dissertation setzt er sich mit islamischen glaubensbasierten Organisationen (FBOs) und ihrer Rolle für Wohlfahrts- und Entwicklungsarbeit in Tansania auseinander.

Im Rahmen des Frühjahrsstudientags von Tanzania-Network zum Thema „Beyond Aid – Paradigmenwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit“ am 17. März 2018 in Frankfurt a. M. leitete Sebastian Müller den Workshop „Islamische Entwicklungszusammenarbeit in Tansania“.

In der Vorstellungsrunde zu Beginn des zweistündigen Workshops sollten die Teilnehmer*innen mit Tansania-Erfahrung über Berührungspunkte mit islamischer Wohltätigkeit und Entwicklungsmaßnahmen im Namen des Islam berichten. Doch trotz mehrjährigen oder sogar jahrzehntelangen Aufenthalts in Ostafrika hatten die Befragten solche Projekte selten oder gar nicht wahrgenommen. Als eines der wenigen konkreten Beispiele wurde auf die Inanspruchnahme der mit dem Islam in Verbindung gebrachten Gesundheitseinrichtungen des Aga Khan Development Netzwerks (AKDN)[1] verwiesen. Im Allgemeinen kam das traditionell friedliche Neben- und Miteinander der Religionsgemeinschaften im tansanischen Alltag zur Sprache, das jedoch in der jüngeren Vergangenheit anscheinend zu erodieren beginnt.

1. Von Seiten der Workshopleitung wurde in diesem Zusammenhang angemerkt, dass eine enge Bindung des Aga Khan Development Netzwerks an die Gemeinde der Shia Ismaili und die Organisationsstrukturen des ismailitischen Imamats besteht. Allerdings verstehen sich das AKDN als Dachorganisation sowie seine Unterorganisationen in der Außenkommunikation dezidiert als nicht-konfessionell und nicht-religiös (vergl. Aga Khan Foundation 2018).

Im zweiten Teil des Workshops wurden in einem Brainstorming Fragen und Annahmen zu islamischen Entwicklungsinitiativen gesammelt:

Organisationsformen:
- Welche Organisationen sind aktiv?
- Woher stammten die Organisationen?

Wirkungsradius:
- Wo in Tansania sind die Organisationen aktiv?
- Ressourcen und Engagement
- Welche Mittel?
- Wer gibt? Wer engagiert sich?
- Gibt es unterschiedliche muslimische Gruppen?

Zielgruppen:
- Muslime oder Nicht-Muslime?

Ziele und Aktivitäten:
- Welche Maßnahmen werden durchgeführt?
- Mission?

Arbeitsweisen:
- Kooperationen und Dialog untereinander, mit Staat sowie säkularen und christlichen Organisationen?
- Rolle von Frauen?
- Qualifikation der Mitarbeiter*Innen?

Prinzipen:
- Position zu trade vs. Aid?
- Frauenrechte?
- Zinsverbot bei Kreditvergabe?
- Weshalb ist so wenig bekannt über islamische Organisationen?

Im Anschluss wurde in Kleingruppen das Informationsmaterial unterschiedlicher islamischer Organisationen auf diese Fragen hin durchgesehen. Im Rotationsverfahren zirkulierten die Unterlagen zwischen den Gruppen. So gewannen alle Teilnehmer*innen einen breiten Überblick über die vorgestellten Initiativen und Materialien. Erste Fragen konnten beantwortet werden, indem die Vielfalt

nichtstaatlicher Organisationen deutlich wurde, die sich im Namen des Islam in den Bereichen Wohltätigkeit, soziale Dienstleistungen und Entwicklungsmaßnahmen vor Ort engagieren. Dazu gehören Verbände und Initiativen aus dem Mittleren Osten, aus Europa und Nordamerika, aber auch tansanischen Ursprungs.

Ergänzt durch das Hintergrundwissen des Workshop-Leiters, befassten sich die Teilnehmer*innen im dritten Teil der Veranstaltung mit grundsätzlichen Beobachtungen und Eindrücken sowie der Beurteilung der vorliegenden Unterlagen. Festgehalten wurde, dass die Organisationen nicht – wie vermutet – überwiegend an der Küste und in Sansibar, sondern landesweit aktiv sind. Nicht zuletzt abhängig von der Einbindung der Gemeinden in die in Tansania vielfältig vertretenen Ausrichtungen des Islam, gibt es regionale Schwerpunkte, die sich im Hinblick auf Arbeitsweise und durchgeführte Maßnahmen unterscheiden. Einige Organisationen werden hauptsächlich durch freiwilliges Engagement unterstützt und finanzieren sich vorwiegend durch Spenden, die zu großen Teilen im Land selbst generiert werden. Andere arbeiten ausschließlich mit Vollzeitbeschäftigten, sind an ausländische Mutterorganisationen gebunden und/oder bestreiten ihre Maßnahmen durch Gebühren für Dienstleistungen, wobei sie die Einnahmen reinvestieren. Projekte wie Brunnenbohrung, Zugang zu Gesundheitsdiensten und Bildungsprogramme stehen dabei grundsätzlich jedem offen. Der Bau von Moscheen hingegen richtet sich gezielt an Muslime, zumal der tansanische säkulare Staat nicht in religiös gebundene Infrastruktur investiert.

Entsprechend ergibt sich ein äußerst heterogenes Bild der zahlreichen Organisationen, zu dem auch die Einbindung und das Verständnis der Rolle von Frauen und der Dialog mit verschiedenen islamischen und säkularen sowie anderen glaubensbasierten Organisationen gehört. Die Teilnehmer*innen bemängelten vor allem, dass aufgrund von Sprachbarrieren – ein Teil des Informationsmaterials war nur in Kiswahili und Arabisch verfasst – eine Auseinandersetzung mit diversen Gruppen nicht möglich war. Denn offensichtlich zählt das englischsprachige Umfeld nicht zur Zielgruppe der betreffenden Organisationen, was Wissenslücken und einen geringen Bekanntheitsgrad ihrer Arbeit zur Folge hat.

Als Brückenschlag zur Leitfrage der Tagung nach neuen oder alternativen Entwicklungsparadigmen wurde im vierten Teil des Workshops nach entsprechenden Ansätzen im vorliegenden Material gefragt. Zumindest daraus lasse sich kein alternativer Weg im Rahmen islamischer Entwicklungsanstrengungen ablesen, jedoch eine hohe Deckungsgleichheit mit dem Maßnahmenkatalog bekannter christlicher und säkularer Organisationen, hieß es. Nicht ausgeschlossen wurde allerdings, dass Alternativen existierten, die aber aufgrund des knappen Zeitfensters, der Materiallage und des geringen Vorwissens der Teilnehmer*innen nicht erarbeitet werden konnten.

Quellen:

Aga Khan Foundation (2018): AKDN - About us. Frequently Asked Questions. Aga Khan Foundation. Online: unter http://www.akdn.org/about-us/frequently-asked-questions, zuletzt geprüft am 12.04.2017.

Ahmed, Abdallah Chanfi (2009): Networks of Islamic NGOs in sub-Saharan Africa. In: Journal of Eastern African Studies (3), S. 426–437.

Benthall, Jonathan (2016): Islamic charities and islamic humanism in troubled times. [S.l]: Manchester Univ. Press.

Juul Petersen, Marie (2015): For humanity or for the Umma? Aid and Islam in transnational Muslim NGOs. London: Hurst & Company. Online: https://www.loc.gov/catdir/enhancements/fy1614/2015510708-b.html.

Kaag, Mayke (2008): Aid, Umma, and Politics. Transnational Islamic NGOs in Chad. In: Benjamin F. Soares und Rene Otayek: Islam and Muslim politics in Africa. 1. Aufl. New York: Palgrave Macmillan, S. 85–102.

Leurs, Robert; Tumaini-Mungu, Peter; Mvungi, Abu (2011): Mapping the development activities of faith-based organizations in Tanzania. Birmingham: International Development Department University of Birmingham (Religions and development working paper, 58).

Loimeier, Roman (2008): Perceptions of Marginalization. Muslims in Contemporary Tanzania. In: Benjamin F. Soares und Rene Otayek: Islam and Muslim politics in Africa. 1. Aufl. New York: Palgrave Macmillan, S. 137–156.

Mukandala, Rwekaza Sympho; Othman, Said Yahya; Mushi, Samuel S.; Ndumbaro, Laurian (Hg.) (2006): Justice, Rights and Worship. Religion and Politics in Tanzania, University of Dar es Salaam. Dar es Salaam, Tanzania: E & D Ltd.

Müller, Sebastian (2016): Islamische Wohltätigkeit und Entwicklungsorganisationen. Grundlagen des Engagements und exemplarische Einblicke in die Praxis. In: Christian Ströbele et.al. (Hg.): Armut und Gerechtigkeit. Christliche und islamische Perspektiven. Regensburg: Pustet, F (Theologisches Forum Christentum - Islam), S. 202–215.

„…damit sie das Leben und volle Genüge haben sollen“

Ein Beitrag der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zur Debatte über neue Leitbilder für eine zukunftsfähige Entwicklung, August 2015. Aus dem Kapitel „Schlussfolgerungen – der Beitrag der Kirchen zum gesellschaftlichen Wandel“:

Ein neues Entwicklungsparadigma ist erforderlich, das seine Ursprünge aus der Entstehungszeit des kapitalistischen Industriesystems, die auf der Ausbeutung fossiler Ressourcen und kolonialer Räume basierte, hinter sich lässt. Das ressourcenintensive Muster der Industriegesellschaft ist weder universalisierbar noch zukunftsfähig, weil es die planetaren Grenzen des Erdsystems überschreitet. Auch sind die Grundannahmen bisheriger Wirtschaftspolitik zu hinterfragen, weil es ihr nicht gelingt, zu dem Ziel sozial gerechter und ökologisch nachhaltiger Gesellschaften beizutragen.

Die Kooperation mit Entwicklungs- und Industrieländern für eine global nachhaltige Entwicklung muss sich daher an veränderten Maßstäben von Zukunftsfähigkeit ausrichten. Zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen auf unserem Planeten sind nicht nur umweltverträgliche und klimafreundliche Technologien, Produkte und Prozesse nötig. Vielmehr muss es gelingen, unsere Vorstellungen von der materiellen Seite eines guten Lebens so zu fassen, dass innerhalb der Tragfähigkeitsgrenzen der Erde die menschlichen Gesellschaften insgesamt gerechter und wohlhabender werden.

Die Herausforderungen der sozial-ökologischen Transformation sind vielfältig; sie erfordern Veränderungsbereitschaft und Investitionen in sowohl Such- und Umbauprozesse innerhalb der einzelnen Länder als auch neuartige Kooperationsbeziehungen. Nicht nur arme Länder, sondern auch reiche und einflussreiche Staaten sind auf Internationale Kooperation angewiesen, um grenzüberschreitende Probleme zu lösen. Dafür müssen sie lernen, nationale Debatten viel stärker als bisher in den internationalen Kontext zu stellen: Die Verringerung von Armut und Ungleichheit und die Sicherung

zukunftsfähiger Lebensbedingungen sind nicht gegen nahe und ferne Nachbarn zu erreichen, sondern erfordern, zusammenzuwirken, sich gegenseitig zu unterstützen und Kompromisse einzugehen. Es wird auch darum gehen müssen, die Handlungsspielräume demokratischer Nationalstaaten gegenüber den Konzernen auf Güter- und Finanzmärkten wieder zu stärken und gleichzeitig einen verbindlichen Rahmen für die internationale Kooperation zu setzen – denn ein Rückfall in nationalistische Abgrenzungs- und Denkmuster wäre angesichts der grenzüberschreitenden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts fatal. Problemlösungen zu entwickeln und umzusetzen erfordert die Zusammenarbeit von öffentlicher Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Kirchen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, auch in transnationalen Netzwerken, um Lernprozesse zu beschleunigen und Erfahrungen zu teilen. Denn die Zeit drängt.

Im Vordergrund der internationalen Verständigung und Kooperation stehen dabei die Friedenssicherung, die Wahrung der Menschenrechte als Mindeststandards staatlichen Handelns und die Durchführung von Politiken und Programmen, die aus der Sicht einer global nachhaltigen Entwicklung kohärent sind und sich nicht gegenseitig unterminieren. Die globale Entwicklungsagenda nach 2015 stellt eine Chance für Weichenstellungen in diese Richtung dar. Zur Umsetzung dieser neuen Agenda wird es notwendig sein, das Instrumentarium der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu reformieren und einen Kurswechsel in Deutschland einzuleiten.

Dies bedeutet, dass nachhaltige Entwicklung auch eine Verständigung in der Gesellschaft und zwischen den Gesellschaften über ethische Grundlagen und Ziele unseres Handelns erfordert. Die Religionen bilden eine Quelle ethischen Denkens und Handelns. Daher müssen sich auch die Kirchen in diese Verständigungs-, Such- und Umbauprozesse einbringen und diese Themen und Fragen auch in den interreligiösen Dialog einführen. Gerade in diesem offenen gesellschaftlichen Suchprozess nach neuen Leitbildern für eine zukunftsfähige Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, für die auf keine Blaupausen zurückgegriffen werden kann, ist das Orientierungswissen der Religionen gefragt. Und nicht zuletzt geht es auch darum, die transformative Kraft einer Spiritualität zu entfalten, die über den Tag und über die Begrenztheit der menschlichen Perspektive

hinausweist.

Das Anliegen einer transformativen Spiritualität und Kirche wird heute in unseren Kirchen und in der weltweiten Ökumene vielerorts aufgegriffen. Der Aufruf der 10. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen von Busan 2013 zu einem Pilgerweg für Gerechtigkeit und Frieden weist in diese Richtung. Die ACT Alliance, das weltweite Bündnis kirchlicher Organisationen für Entwicklungsarbeit und humanitäre Hilfe, diskutiert die Konsequenzen, die sich für die Entwicklungsarbeit der Kirchen aus dem Wandel des Entwicklungsverständnisses ergeben. Der Rat der EKD hat im Anschluss an den gemeinsam mit Deutschem Naturschutzring und Deutschem Gewerkschaftsbund veranstalteten Transformationskongress (Juni 2012) das Projekt »Diskurs nachhaltige Entwicklung« auf den Weg gebracht. Und die ökumenische Initiative »Umkehr zum Leben – den Wandel gestalten« will das Engagement der Kirchen für eine Große Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft stärken und fordert Kirchen, ihre Werke, Wohlfahrtsverbände und Kirchengemeinden dazu auf, einen »praxisbezogenen Konsultationsprozess über kirchliche Gestaltungsoptionen der anstehenden Suchprozesse zu starten« .

Nachdem die Rolle der Religionen in der Entwicklungszusammenarbeit über viele Jahre vernachlässigt worden war, ist mittlerweile sowohl auf der Ebene der Weltbank als auch in der staatlichen Entwicklungspolitik Deutschlands eine wachsende Aufmerksamkeit für die religiöse Dimension von Entwicklung zu verzeichnen. Die Bedeutung von Religionsgemeinschaften als Akteuren des sozial-ökonomischen Wandels kommt dabei ebenso in den Blick wie der Einfluss religiöser Werte und Normen auf Gesellschaft und Politik. Dabei wird auch sichtbar, wie ambivalent die Wirkung des religiösen Faktors auf Entwicklung und Frieden sein kann. Dem unbestreitbaren Friedenspotenzial der Religionen und der Mediationskompetenz religiöser Akteure steht die Erfahrung gegenüber, dass in vielen Regionen der Welt heute wieder vermehrt religiöse Argumente herangezogen werden, um Gewalt, Terror und Unterdrückung zu legitimieren. Und dem Mobilisierungspotenzial religiöser Überzeugungen für den Kampf gegen Unrecht und Armut sowie für das Engagement für das Gemeinwohl stehen Situationen gegenüber, in denen sich religiöse Institutionen als Entwicklungshindernisse

erweisen. Gerade aus dieser Ambivalenz erwächst eine besondere Verantwortung der Religionsgemeinschaft, über ihren Beitrag zu einem konstruktiven und friedlichen gesellschaftlichen Wandel Auskunft geben zu können, vor allem aber normative Orientierung für den Aufbruch zu einer zukunftsfähigen und menschenfreundlichen Entwicklung zu stiften. Sehr wichtig wäre es, sich intensiver im interreligiösen Dialog zu engagieren, insbesondere mit dem Islam, der gegenwärtig starke Erschütterungen erlebt. Hier können speziell die Erfahrungen einfließen, die die christlichen Kirchen gemeinsam mit ihren muslimischen Partnern zur Überwindung ungerechter Verhältnisse gesammelt haben, wie zum Beispiel in der bereits seit mehr als 50-jährigen Kooperation im Programm christlich-muslimischer Zusammenarbeit in Afrika PROCMURA.

In der kirchlichen Entwicklungsarbeit und in der Zusammenarbeit in der Ökumene wird es in Zukunft vor allem darauf ankommen, alternative Entwicklungspfade zu ebnen, die die Überwindung von Armut und Hunger mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verknüpfen. Die Kirchen und ihre Werke müssen ihre Partner in Entwicklungsländern dabei unterstützen, an konkreten Reformvorschlägen zu arbeiten, mit denen in ihren Gesellschaften gerechtere Beziehungsverhältnisse erreicht werden können und die individuelle Menschenwürde besser geschützt und gefördert werden kann. Ebenso ist es wichtig, an entsprechenden Reformprozessen in Deutschland mitzuwirken, mit denen derartige Veränderungen in den Partnerländern unterstützt werden können. Darüber hinaus sind insbesondere Transformationsallianzen für die Initiierung von Modellprojekten einer kohlenstoffarmen, umweltverträglichen und nachhaltigen Ökonomie gefragt.

Ziel des kirchlichen Engagements für eine zukunftsfähige Entwicklung muss es sein, weltweit auf Lebens-, Konsum- und Produktionsweisen hinzuwirken, die die Erde in ihrer Tragfähigkeit erhalten und denen zugleich alle Menschen auf dem Weg zu einem guten Leben folgen können.

Gekürzt von Arnold Kiel

AICs: Potentielle Partner für Entwicklungszusammenarbeit?

Einblicke in ein junges Forschungsfeld

Gina Krebs
studiert derzeit in Berlin Religion and Culture im Master und ist studentische Hilfskraft im DFG-Sonderforschungsbereich „Globale Entwicklungsdynamiken von Sozialpolitik in Afrika". 2015 verbrachte sie zwei Monate für ein Kiswahili-Sprachstipendium in Sansibar. 2017 war sie Praktikantin beim Tanzania-Network und ist seitdem Mitglied der HABARI-Redaktion.

Was sind AICs?
Die Abkürzung „AIC" steht für „African Initiated Church", wobei die Terminologie des „I" vielfältig ist (verwendet wird auch independent, indigenous oder instituted). AICs sind christliche Kirchen, die ihren Ursprung in Afrika haben und von Afrikaner*innen für Afrikaner*innen ins Leben gerufen wurden. Sie sind in keiner Weise abhängig von Kirchen aus dem Globalen Norden.

Schon ab den 1880er Jahren gab es die ersten AICs. In der Anfangsphase – und auch später – als politischer Protest verstanden, richteten sie sich gegen die Vorherrschaft von Kolonisatoren und Missionaren mit dem Ziel, sich von deren Kirchen loszusagen. Gegenwärtig stehen Bedeutung und Anrufung des Heiligen Geistes (Holy Spirit) im Fokus, das heißt, nicht mehr der politische Protest, sondern die Bewegung als religiöse Reform und Innovation. Dazu gehört vor allem die Verbindung von Christentum mit afrikanischem Glauben, seinen Wurzeln, Traditionen und Gebräuchen.

Folglich vertreten AICs eine ganzheitliche Sichtweise des menschlichen Daseins auf Erden, denn sie sprechen mit ihren Praktiken nicht nur die Seele und das Leben nach dem Tod an, sondern Körper, Seele und Geist gleichermaßen. Das schließt neben materiellen und sozialen Belangen

ebenso die spirituelle Ebene ein. Als weitere Besonderheit wenden sich AICs in den Gottesdiensten nicht nur an die christliche Gemeinde in ihrer Gesamtheit, sondern bieten als Lösung Heilung (Healing) für Individuen an.

Die spannungsreiche Beziehung zwischen religiösen Gemeinschaften und Entwicklungszusammenarbeit

Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe mit religiösen Gemeinschaften hat keine lange Tradition. Soviel steht fest. Die bisherige Sichtweise von Initiator*innen entsprechender Programme in Bezug auf eine Partnerschaft war abwertend oder wurde gar nicht erst in Erwägung gezogen. Religion an sich galt als institutionelle, spirituelle Macht und weniger als sozialer und kultureller Prozess mit dem Vermögen, entscheidend auf die Gesellschaft einzuwirken. Das Fehlen von wissenschaftlicher Literatur oder Forschung – bis etwa 1980 – unterstreicht diese Haltung. Heute bedeutet Entwicklung vor allem ökonomisches Wachstum. Kann Religion förderlich darauf einwirken?

1904/05 erhob der Soziologe Max Weber in seinem Werk „Die Protestantische Ethik und der Kapitalismus“ den Zusammenhang zwischen der Ausbreitung des Protestantismus und dem Wachstum des Kapitalismus im Europa des 16./17. Jahrhunderts zum Schlüsselgedanken. Existiert gegenwärtig eine Parallele zwischen dem europäischen Protestantismus, der immerhin eine Reformation hervorbrachte, und dem Wachstum der afrikanischen Pfingstbewegung (Pentecostalism – als eine Ausrichtung von AICs zu verstehen)? Das wäre eine spannende Untersuchung wert. Jedenfalls könnte der Beweis, dass sich auch auf dem afrikanischen Kontinent religiöses und ökonomisches Wachstum gegenseitig bedingen, die These widerlegen, dass Streben nach wirtschaftlichem Erfolg und finanzieller Sicherheit zwingend mit einer Abkehr von Religiosität oder Religion einhergeht. Denn in Subsahara-Afrika weist derzeit kein Anzeichen auf eine bevorstehende Säkularisierung hin. Vielmehr verbuchen religiöse Bewegungen einen kontinuierlichen Zulauf. Lange Zeit machte der Globale Norden den Fehler, ihre Bedeutung zu unterschätzen, entsprechende Reformen nicht zu erforschen und westliche Phänomene unreflektiert auf den Globalen Süden zu projizieren. Trotz durchaus vorhandener Kritik an Webers Erkenntnissen sollte die mögliche Wechselwirkung zwischen Religion und Wirtschaftswachstum geprüft werden.

Das Ende der Säkularisierungstheorie?
Seit den 1980er Jahren zeichnet sich in der westlichen Welt, zumindest in der Wissenschaft, das Ende der Säkularisierungstheorie ab. Das Nachdenken über die Rolle von Religion ist nicht nur in Zusammenhang mit Entwicklung, sondern auch in zahlreichen anderen Diskursen in Erscheinung getreten. Inwiefern religiöse Gemeinschaften – speziell AICs – Schlüsselrollen in der Entwicklungszusammenarbeit einnehmen und neue Wege öffnen könnten, blieb ein wichtiges Thema (vgl. Turner 1980, S.523-533).

Unter anderem kam die Problematik zur Sprache, dass die ehemals von Missionar*innen in Afrika eröffneten christlichen Kirchen mit ihrem Einsatz und dem Angebot an Entwicklungshilfe die Bedürfnisse der indigenen Bevölkerung – im Gegensatz zu AICs – nicht vollkommen erfüllen, obwohl sie schon lange auf dem „angestammten Platz" arbeiten und eng mit Geber-Ländern aus dem Globalen Norden kooperieren. Anhand „Webers protestantischer Ethik" wird auch das Potential von AICs diskutiert, die Ökonomie zu fördern. Sie könnten in der Lage sein, neue globale Weltsichten, Arbeitsethiken und andere Veränderungen für die breite Masse zu übersetzen und dementsprechend mitzugestalten – im Hinblick auf die Wirtschaft sowohl hemmend als auch fördernd, aber nie irrelevant.

Feier einer AIC Pentecostal Church in Kenia
Foto: Gina Krebs

Heutzutage ist eine mögliche Entwicklungszusammenarbeit mit religiösen Gemeinschaften also von wissenschaftlichem Interesse. Zur Untersuchung der Potentiale von AICs richtete die theologische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin zum Beispiel den Forschungsbereich „Religiöse Gemeinschaften und nachhaltige Entwicklung“ ein – als „übergreifende Klammer für verschiedene Projekte im Themenbereich Religion und Entwicklung“. (https://www.rcsd.hu-berlin.de/de/) Mitglieder der Gruppe geben mittlerweile regelmäßig Seminare und somit Einblick in ihre aktuelle Forschung. Im Juni 2018 hatten Studierende sogar die Möglichkeit, an einer zweitätigen Vorlesungsreihe zum Thema „African Independent and Pentecostal Approaches to Theology and Development“ sowie einem eintägigen Workshop teilzunehmen (beide Veranstaltungen mit Gästen aus West-und Südafrika).

Wo könnte eine Partnerschaft auf Augenhöhe mit AICs in der Entwicklungszusammenarbeit anknüpfen?

Eine gleichberechtigte Partnerschaft mit AICs ist – unter Ausschöpfung aller Potentiale – vor allem in jenen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit möglich, bei denen rein NGO-basierte Strategien, längerfristig gesehen, vor unlösbaren Problemen stehen. Drei Beispiele aus Subsahara-Afrika verdeutlichen, wie eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen NGOs und AICs optimale Ergebnisse erzielt:

1. Bei NGO-Arbeit kommt es nicht selten zu Differenzen zwischen Spenderorganisationen aus dem Globalen Norden und Empfänger*innen aus dem Globalen Süden. Die AICs, also von Afrikaner*innen initiierte christliche Kirchen, hängen oft nicht von Finanzhilfen aus dem Globalen Norden ab, sondern verfügen über lokale Ressourcen und somit über eine größere Nähe zu den Interessen der Bevölkerung.

2. Als „Outsider“ haben NGOs weniger Erfolg, die Beteiligung der lokalen Bevölkerung an Projekten oder Programmen zu forcieren. AICs sind viel näher an den Menschen und schaffen es, die indigene Bevölkerung effektiver mitzureißen – dank ihrer ganzheitlichen Sichtweise, entsprechend ausgerichteten Praktiken und der Verwurzelung mit afrikanischen Traditionen.

3. NGOs haben meistens nicht die Möglichkeit, langfristige und nachhaltige Projekte durchzuführen und können deshalb die Denkweise der Adressat*innen nicht immer grundlegend verändern. AICs dagegen sind in der Lage, Probleme nicht nur oberflächlich zu behandeln, sondern zum Kern des Leids vorzustoßen. Social services, vielfältige Praktiken und eine ganzheitliche Sichtweise bewirken auch eine ganzheitliche Entwicklung, da alle Sphären des menschlichen Daseins angesprochen werden.

Schluss und Ausblick

Ein abschließender Blick auf die SDGs (Sustainable Development Goals), die 2015 von der UNO-Generalversammlung zur globalen Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung erklärt wurden, offenbart zumindest ansatzweise die Bereitschaft, AICs in zeitgenössische Entwicklungszusammenarbeit zu integrieren. Zwar ist die Kooperation mit religiösen Akteur*innen nicht fest in den SDGs niedergeschrieben, Goal 17 „Partnerships for the Goals" schließt eine Partnerschaft auf Augenhöhe mit religiösen Gemeinschaften nicht von vornherein aus – wie es bislang oftmals der Fall war.

Sicherlich sind AICs als religiöse Gemeinschaft nicht die einzige mögliche Lösung, um Fortschritt weltweit voranzubringen. Aber über ihre Potentiale in der Entwicklungszusammenarbeit nachzudenken, ist definitiv „beyond aid" und ein neuer Weg für Subsahara-Afrika. Das sieht auch der Forschungsbereich „Religiöse Gemeinschaften und nachhaltige Entwicklung" so und macht sich noch in diesem Jahr nach Ostafrika auf, um dort seine Arbeit weiterzuführen.

Quellen:

African Independent Churches (1985): Speaking for Ourselves. Members of African Independent Churches report on their Pilot Study of the History and Theology of their Churches. 1st ed. Hg. v. Institute for Contextual Theology, Braamfontein.

Freeman, Dena (2012): The Pentecostal Ethic and the Spirit of Development. In: Dena Freeman (Hg.): Pentecostalism and Development. Churches, NGOs and Social Change in Africa. Basingstoke: Palgrave Macmillan (Non-Governmental Public Action), S. 1–38.

Selinger, Leah (2004): The Forgotten Factor. The Uneasy Relationship between Religion and Development. In: Social Compass 51 (4), S. 523–543. DOI: 10.1177/0037768604047872.

Turner, Harold W. (1980): African Independent Churches and Economic Development. In: World Development 8 (7-8), S. 523–533. DOI: 10.1016/0305-750X(80)90037-6.

https://www.rcsd.hu-berlin.de/de/ letzter Zugriff 28.06.18 17:06

https://www.rcsd.hu-berlin.de/de/projekte letzter Zugriff 28.06.18 17:08

Termine

18. September 2018 „T-Junction“: Film und Diskussion mit dem Regisseur Amil Shivji
Kino Moviemento in Berlin

VORMERKEN
27. bis 28. Oktober 2018 Tanzania-Network.de Studientag:
„Spuren des Kolonialismus in Tansania und Deutschland“
in Berlin

Nähere Informationen zu diesem Termin und weitere Veranstaltungshinweise finden Sie unter www.tanzania-network.de.

Tanzania-Network.de e.V.
Koordinationsstelle
Kameruner Straße 1 | 13351 Berlin
Fon +49 (0)30 41 72 35 82 | Fax +49 (0)30 41 72 35 83
ks@tanzania-network.de | www.tanzania-network.de

Bankverbindung
Tanzania-Network.de e.V.
Sparkasse Bielefeld | Konto-Nr. 33 133 331 | BLZ 480 501 61
IBAN DE55 4805 0161 0033 1333 31 | Swift-BIC SPBIDE3BXXX

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein das Tanzania-Network.de e.V. verantwortlich; die dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global GmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Redaktion
Silke Harte, Melanie Deter, Arnold Kiel, Helga Lippert, Marisa Sann, Naima Braun, Elisabeth Steinle-Paul, Daniela Tschuschke, Gina Krebs.
Naima Braun ist verantwortlich für die Redaktion im Sinne des Pressegesetzes.
Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Beiträge zu bearbeiten. Die Artikel im vorliegenden Heft spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Interessierte sind herzlich zur Mitarbeit eingeladen! ks@tanzania-network.de

Druck: Druckservice Siegen, Birlenbacher Straße 40, 57078 Siegen

FSC © Die zur Herstellung eingesetzten, elementar chlorfrei (ECF) gebleichten Zellstoffe stammen zu 100 % von Hölzern aus vorbildlicher, FSC-zertifizierter Waldwirtschaft.

HABARI-Abonnement

Name ..... Vorname .....
Straße ..... PLZ | Ort .....
Telefon ..... E-Mail .....

☐ Ich bitte / wir bitten das Tanzania-Network den Beitrag für das Abonnement (24,– / vier Ausgaben pro Jahr) bis auf Widerruf, erstmals ab (Folgejahr) von folgendem Konto im Wege des Bankeinzugsverfahrens einzuziehen:

Inhaber ..... Geldinstitut .....
Konto-Nr. / IBAN ..... BLZ / BIC .....

☐ Ich zahle / wir zahlen das Abo (24,– / vier Ausgaben pro Jahr) und evtl. Spenden durch Überweisen auf das Konto des Tanzania-Network.

....
Ort, Datum Unterschrift

Wir laden Sie herzlich zur Einsendung
themen- oder projektbezogener Beiträge ein.
Thema der folgenden Ausgabe:

—

Ausgabe September 2018
Tansania im Kontext des Indischen Ozeans und Chinas
Einsendung bis 15.09.2018

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des

BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung